



Dringlichkeitsvorlage

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2013/11570**
Datum: 18.03.2013
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto: 58110220/6100.1200
Verfasser: GB II Stadtentwicklung
und Umwelt

Beratungsfolge	Termin	Status
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	19.03.2013	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	27.03.2013	öffentlich Entscheidung

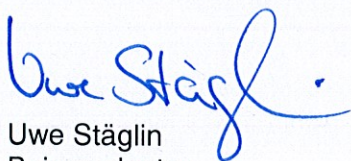
Betreff: Einstellung von finanziellen Mitteln in den Stadthaushalt für den Ausgleich der Mindereinnahmen der Verkehrsunternehmen des MDV bei Annahme des Stadtratsbeschlusses zum Tarifmoratorium

Beschlussvorschlag:

Der Antrag auf Einstellung von finanziellen Mitteln in den Stadthaushalt für den Ausgleich der Mindereinnahmen der Verkehrsunternehmen des MDV bei Annahme des Stadtratsbeschlusses zum Tarifmoratorium wird bestätigt.

Finanzielle Auswirkung:

HHJ 2013: min 458.000 Euro max. 1.648.333 Euro
HHJ 2014: min 642.000 Euro max. 2.307.667 Euro


Uwe Stäglin
Beigeordneter

Begründung:

Mit der Annahme des Tarifmoratoriums durch den Finanzausschuss wird, im Vorgriff auf die Stadtratsentscheidung am 27.03.2013, der Gesellschaftsvertreter der Stadt Halle im MDV zu einer aktiven Verhinderung von Tarifierhöhungen aufgefordert.

Durch die Mitteilung des Landkreises Leipzig Land, einer Tarifierhöhung nicht zuzustimmen, reichen die Stimmanteile der Stadt Halle aus, um einen Stimmanteil von 30 % zu erreichen. Dieser Anteil reicht aus, um die Tarifierhöhungen zu verhindern.

Laut Gesellschaftsvertrag §9 (3) Abs.3 haben die Aufgabenträger, die der Erhöhung, in welcher Höhe auch immer, widersprechen die Mindereinnahmen auszugleichen.

Im Falle des Moratoriums soll die Erhöhung komplett ausfallen.

Die Mindereinnahmen belaufen sich laut Berechnung des MDV dann für alle Unternehmen auf 4,6 Mio. Euro.

Die Unterschiede der finanziellen Auswirkungen ergeben sich aus folgender Überlegung:
Die Mindestsumme ergibt sich, wenn alle Aufgabenträger gegen eine Tarifierhöhung stimmen, dann beträgt der Anteil der Stadt Halle 1,1 Mio. Die Summe verteilt sich auf fünf Monate im Jahr 2013 und sieben Monate im Jahr 2014.

Die Maximalsumme ergibt sich, wenn nur die Stadt Halle und der Landkreis Leipzig Land gegen die Erhöhung stimmen.

In diesem Fall wird die Gesamtsumme von 4,6 Mio. Euro zwischen Halle und dem Landkreis entsprechend der Gesellschaftsanteile der beiden Aufgabenträger im Verhältnis zueinander (86% Halle und 14% Leipzig Land) verteilt.

Für die Stadt Halle bedeutet dies 3.956.00 Euro entsprechend auf die Jahre verteilt.